expertenReport

Quelle: Experten/ KI

Mehr Schmuggel, weniger Steuern? Warum der Duisburger Zollfund ein Problem für den Bundeshaushalt ist

Ute Pappelbaum

Auf den ersten Blick wirkt die Entwicklung wie ein Triumph der Präventionspolitik: sinkende Tabaksteuereinnahmen, rückläufige Absatzmengen. Erst der Blick in die Asservatenkammern des Zolls relativiert diesen vermeintlichen Erfolg.

Duisburger Zollfund steht für ein größeres Problem

Was die Einsatzkräfte des Hauptzollamts Duisburg Mitte Juli bei mehreren Durchsuchungen sicherstellten, liest sich wie das Inventar eines illegalen Tabaklagers: mehr als 11.000 unversteuerte Zigaretten, über 200 E-Zigaretten und rund 64 Kilogramm Wasserpfeifentabak. Gegen zwei Tatverdächtige wird wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ermittelt. Hinzu kamen nicht verkehrsfähige Potenzmittel und eine Schreckschusswaffe ohne PTB-Zulassung.

Für sich genommen wäre der Fund kaum mehr als eine regionale Zollmeldung. Seine eigentliche Bedeutung entfaltet er erst im Zusammenhang mit einer Entwicklung, die den Bund zunehmend unter Druck setzt. Während der Zoll deutlich mehr unversteuerte Tabakwaren sicherstellt als noch vor wenigen Jahren, brechen gleichzeitig die Tabaksteuereinnahmen ein. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums lagen sie im ersten Halbjahr 2026 rund 15 Prozent unter dem Vorjahreswert. Das Hauptzollamt Duisburg verweist zugleich darauf, dass die Sicherstellungen unversteuerten Tabaks 2025 auf mehr als 2.600 Kilogramm gestiegen sind – nach rund 600 Kilogramm im Vorjahr.

Sinkende Tabaksteuereinnahmen sprechen nicht automatisch für weniger Konsum

Ob diese Entwicklung ausschließlich auf einen wachsenden Schwarzmarkt zurückzuführen ist, lässt sich daraus nicht ableiten. Mehr Sicherstellungen können ebenso das Ergebnis intensiverer Kontrollen sein. Treffen jedoch sinkende Steuereinnahmen, steigende Sicherstellungen und erhebliche Preisunterschiede zwischen legalen und illegalen Bezugsquellen gleichzeitig aufeinander, verdichten sich die

Hinweise auf eine Marktverlagerung. Der legale Absatz sinkt dann möglicherweise nicht deshalb, weil weniger geraucht wird, sondern weil ein Teil des Konsums außerhalb des Steuerzugriffs stattfindet.

Warum der Rückgang der Tabaksteuer den Bundeshaushalt belastet

Genau hier wird es zum Problem: Die Tabaksteuer ist längst mehr als nur ein Mittel, um das Rauchen unattraktiver zu machen. Der Staat plant fest mit diesen Einnahmen. Im Haushalt wird also davon ausgegangen, dass jedes Jahr eine bestimmte Summe aus der Tabaksteuer hereinkommt. Wenn dieses Geld plötzlich fehlt, entsteht eine Lücke im Budget. Diese Lücke muss dann an anderer Stelle geschlossen werden – entweder durch Kürzungen, neue Schulden oder höhere Steuern in anderen Bereichen.

Gesundheitspolitik und Fiskalpolitik folgen unterschiedlichen Zeitachsen

Gleichzeitig begründet die Politik höhere Tabaksteuern regelmäßig mit gesundheitspolitischen Zielen. Bundesdrogenbeauftragter Hendrik Streeck bezeichnet sie als eines der wirksamsten Instrumente des Gesundheitsschutzes. Sie sollen den Konsum senken, tabakbedingte Erkrankungen verhindern und das solidarisch finanzierte Gesundheitssystem entlasten. Der CSU-Gesundheitspolitiker Hans Theiss ging sogar noch einen Schritt weiter und brachte ins Spiel, zusätzliche Einnahmen aus höheren Tabaksteuern zur Finanzierung einer niedrigeren Mehrwertsteuer auf Medikamente zu nutzen.

Beide Argumentationslinien folgen einer nachvollziehbaren Logik – sie setzen jedoch voraus, dass die kalkulierten Mehreinnahmen tatsächlich erzielt werden. Genau daran entstehen zunehmend Zweifel. Denn die Tabaksteuer wirkt fiskalisch sofort. Jeder Rückgang der Einnahmen schlägt unmittelbar auf den Bundeshaushalt durch. Die erhofften Einsparungen im Gesundheitswesen hingegen würden – sofern sie überhaupt in diesem Umfang eintreten – erst nach Jahren oder Jahrzehnten wirksam. Hinzu kommt, dass diese Entlastungen überwiegend bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entstehen, während die Tabaksteuer unmittelbar dem Bundeshaushalt zufließt. Einnahmen und mögliche Einsparungen liegen also nicht nur zeitlich, sondern auch institutionell auseinander.

Der Schwarzmarkt wird zum Stresstest für die Tabaksteuer

Damit verschiebt sich die Debatte. Es geht nicht mehr allein um die Frage, wie hoch eine Tabaksteuer sein sollte. Entscheidend ist vielmehr, ab welchem Punkt steigende Steuersätze den legalen Markt so stark belasten, dass sich Konsum in den Schwarzmarkt oder ins Ausland verlagert. Dann verliert die Steuer ihre doppelte Funktion: Sie erzielt weder die erwarteten Einnahmen noch erreicht sie ihre Lenkungswirkung vollständig. Stattdessen steigen die Kosten für Zoll, Strafverfolgung und Marktüberwachung.

Der Duisburger Zollfund liefert ein Schlaglicht auf einen Zielkonflikt, der die Finanzpolitik zunehmend beschäftigen dürfte. Die Herausforderung, die Grenze zu erkennen, an der höhere Steuersätze den legalen Markt aushöhlen und damit genau jene Einnahmen gefährden, auf denen der Bundeshaushalt bereits aufbaut.

Quellen:

Hauptzollamt Duisburg: Pressemitteilung „Duisburger Zoll entdeckt bei Durchsuchungen über 11.000 Zigaretten und noch vieles mehr“, 27. Juli 2026. Hauptzollamt Duisburg: Jahresstatistik 2025 zu Sicherstellungen von unversteuertem Tabak und Strafverfahren. Bundesministerium der Finanzen (BMF): Vorläufige Entwicklung der Tabaksteuereinnahmen im 1. Halbjahr 2026. Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE): Pressemitteilung zum Rückgang der Tabaksteuereinnahmen und zur Entwicklung des illegalen Tabakmarktes. Aussagen von Bundesdrogenbeauftragtem Hendrik Streeck zur Tabakbesteuerung (u. a. Tagesschau, Juli 2026). Aussagen des CSU-Gesundheitspolitikers Hans Theiss zur Finanzierung einer niedrigeren Mehrwertsteuer auf Medikamente durch höhere Tabaksteuern (u. a. Tagesschau, Juli 2026).

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951071/Mehr-Schmuggel-weniger-Steuern-Warum-der-Duisburger-Zollfund-ein-Problem-fuer-den-Bundeshaushalt-ist/